



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR
ABTEILUNGSLEITER STRAßENVERKEHR, STRAßENINFRASTRUKTUR

Ministerium für Verkehr
Postfach 10 34 52 • 70029 Stuttgart

Regierungspräsidium
Stuttgart,
Karlsruhe,
Freiburg,
Tübingen
Abt. 4 - Straßenwesen und Verkehr

Stuttgart 05.11.2020

Name Franziska Hannig

Durchwahl +49 (711) 231-3667

E-Mail Franziska.Hannig@vm.bwl.de

Aktenzeichen 2-887/11

(Bitte bei Antwort angeben!)

Nachrichtlich:

Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Abt. 7 – Naturschutz



Verwendung von gebietseigenem Saat- und Pflanzgut

Schreiben des VM vom 14.08.2018 (Az. 4-8872.00/4)

Anlagen

- 1.) Mustertexte für die Baubeschreibung, Stand 09/2020
- 2.) Erklärung zur Lieferung und Verwendung von Pflanz- und Saatgut gebietseigener Herkunft, Stand 09/2020

Das vorliegende Schreiben ersetzt das Schreiben des VM zur „Verwendung von Pflanz- und Saatgut gebietseigener Herkunft“ vom 14.08.2018 (Az. 4-8872.00/4).

Nach § 40 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes darf seit dem 02.03.2020 in der freien Natur nur gebietseigenes Saat- und Pflanzgut genehmigungsfrei ausgebracht werden. Das Ausbringen von nicht gebietseigenem Saat- und Pflanzgut ist nur mit Genehmigung der höheren Naturschutzbehörde möglich. Der vorliegende Erlass stellt eine Handlungsanleitung für die nachgeordneten Behörden dar und enthält Hinweise darauf, was vor dem Hintergrund der geänderten Gesetzeslage bei der Verwendung von Saat- und Pflanzgut zu beachten ist.

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten nach der DSGVO finden sich auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr unter „Service“ / „Datenschutz“. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.

Strategien bei Nichtverfügbarkeit von gebietseigenem Saat- und Pflanzgut

Es wird empfohlen, im Vorlauf einer Ausschreibung eine Markterkundung (in Form einer einfachen Abfrage bei mindestens drei geeigneten Betrieben) durchzuführen, um die Verfügbarkeit des gewünschten Saat- und/oder Pflanzgutes abzufragen.

Zeichnet sich bereits zu diesem Zeitpunkt ab, dass das gewünschte Saat- und/oder Pflanzgut nicht oder nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht, ist zu prüfen, ob geeignete alternative Arten und/oder Qualitäten ausgeschrieben werden können. Sofern keine geeigneten Alternativen bestehen, ist zusätzlich zu prüfen, ob die Ansaat bzw. Pflanzung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden oder die Begrünung durch Sukzession erfolgen kann (in diesem Fall ist ggf. ein entsprechender Antrag auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses zu stellen). Duldet eine Ansaat oder Pflanzung keinen Aufschub und stellt auch die Begrünung durch Sukzession keine geeignete Alternative dar (z. B. bei Artenschutzmaßnahmen oder als Erosionsschutz), kann die Verwendung von Saat- und/oder Pflanzgut aus benachbarten Herkunfts- bzw. Ursprungsgebieten erforderlich werden. In diesem Fall ist vor der Ausschreibung eine Genehmigung für das Ausbringen des nicht gebietseigenen Saat- und/oder Pflanzgutes bei der zuständigen höheren Naturschutzbehörde zu beantragen.

Ändert sich die Verfügbarkeit von bereits ausgeschriebenem Saat- und/oder Pflanzgut zwischen dem Zeitpunkt der Ausschreibung und dem Zeitpunkt der Zuschlagserteilung durch Abverkauf der Ware, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Nichtverfügbarkeit der betreffenden Position(en) nachzuweisen und in Abstimmung mit dem Auftraggeber einzutreten.

Vorlagezeitpunkte und Prüfungen

a) Die **Erklärung zur Lieferung und Verwendung von Pflanz- und Saatgut gebietseigener Herkünfte** ist:

- bei einer nach Fachgebieten oder Gewerbebezügen getrennten Vergabe (Fachlosvergabe) von jedem Bieter ausgefüllt mit dem Angebot vorzulegen.
- bei einer zusammengefassten Vergabe (Mischlosvergabe) von den Bietern der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ausgefüllt bis zur Zuschlagserteilung vorzulegen.

In der „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ bzw. „EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe“ gemäß den HVA B-StB-Vordrucken ist die o.g. Erklärung entsprechend unter C) oder D) aufzuführen.

b) Der **spezifische Herkunftsnachweis (Zertifikate und/oder Einzelnachweise)** für die Mengen und Qualitäten der zu liefernden Pflanzen/des zu liefernden Saatgutes gebietseigener Herkünfte der angebotenen Leistungsbereiche/Ordnungszahlen ist nach Zuschlagserteilung vom Auftragnehmer innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist, bei Einzelnachweisen spätestens jedoch mit der verbindlichen Bestellung vorzulegen.

Mit dem Herkunftsnachweis weist der Bieter die Eignung der vorgesehenen und zu liefernden Pflanzen und/oder des Saatgutes im vereinbarten Umfang nach. Die Anlieferung der Mengen und Qualitäten der Pflanzen und/oder des Saatgutes der angebotenen Leistungsbereiche/Ordnungszahlen erfolgt erst nach vollständiger Vorlage des spezifischen Herkunftsnachweises durch den Auftragnehmer und nach positiver Eignungsprüfung gemäß ZTV La-StB durch den Auftraggeber. Nach Zuschlagserteilung ist das Saat- und/oder Pflanzgut durch den Auftragnehmer innerhalb von fünf Werktagen verbindlich zu bestellen. Dies ist dem Auftraggeber in geeigneter Weise (z. B. Bestellschein) nachzuweisen.

c) Bei Anlieferung der Ware bzw. im Einschlag prüfen Auftraggeber und Auftragnehmer im Zuge der Kontrollprüfung/zusätzlichen Kontrollprüfung gemäß ZTV La-StB, ob die Referenznummer der Erntepartie, das angegebene Ursprungs- bzw. Vorkommensgebiet und die Erntebestandsnummer auf den

Lieferpapieren/Pflanzetiketten mit denen auf dem Herkunftsnachweis gemäß b) übereinstimmen und ob es sich um die originalen Lieferpapiere und Pflanzetiketten des jeweiligen Produzenten handelt. Bei Abweichungen ist die Abnahme und Freigabe zur Pflanzung/Saatgutausbringung zu verweigern.

Stellt der Auftraggeber im Zuge der Prüfungen unter b) oder c) fest, dass gemäß § 5 (3) VOB-B die Qualität der zu liefernden Pflanzen/des zu liefernde Saatgutes unzureichend ist, die Herkunftsnachweise nicht oder unvollständig vorliegen und/oder die Ausführungsfristen offenbar nicht eingehalten werden können, muss der Auftragnehmer auf Verlangen unverzüglich Abhilfe schaffen. Darüber hinaus ist nach den Regelungen des § 5 (4) i. V. m § 5 (3) VOB-B zu verfahren.

Herkunftsnachweis

Der erforderliche Herkunftsnachweis für das zu liefernde Saat- und/oder Pflanzgut ist durch Vorlage eines geeigneten Zertifikates oder durch Einzelnachweise zu führen (vgl. hierzu Ziff. 3 und Anlage C der „Hinweise des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg zum Vollzug des § 40 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz zur Verwendung gebietseigener Gehölze sowie gebietseigenen Saat- und Pflanzguts“ (Az.: 62-8872.00, Stand: 30.07.2014)).

Die nachfolgend genannten Zertifizierungssysteme entsprechen zum aktuellen Zeitpunkt den „Mindeststandards für die Zertifizierung gebietseigener Gehölze in Baden-Württemberg“ gemäß Anlage C der „Hinweise des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg zum Vollzug des § 40 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz zur Verwendung gebietseigener Gehölze sowie gebietseigenen Saat- und Pflanzguts“ (Az.: 62-8872.00, Stand: 30.07.2014). Betriebe, die nach einem der genannten Zertifizierungssysteme zertifiziert sind, können den spezifischen Herkunftsnachweis durch Vorlage der entsprechenden Zertifikate erbringen. Die Vorlage von Einzelnachweisen ist nicht erforderlich. Eine ausschließliche und allgemeine Zertifizierung der Baumschule bzw. des Saatgutproduzenten / -lieferanten (Betriebszertifizierung) ist als Nachweis nicht ausreichend.

Gehölze:

- Zertifizierungssysteme, die nach dem Fachmodul „Gebietseigene Gehölze“ durch die Deutsche Akkreditierungsstelle akkreditiert sind
- Zertifizierungssystem der Erzeugergemeinschaft für autochthone Baumschulerzeugnisse in Süddeutschland w.V. (EAB)
- Zertifizierungssystem des Zertifizierungsrings für überprüfbare Forstliche Herkunft Süddeutschland e.V. (ZüF)

Saatgut:

- VWW-Regiosaat des Verbands deutscher Wildsamens- und Wildpflanzenproduzenten e.V. (VWW)
- RegioZert des Bundesverbands Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP)

Betriebe, die nicht nach einem der vorgenannten Zertifizierungssysteme zertifiziert sind und deren Zertifikate daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt als unvollständig angesehen werden müssen, kommen derzeit als Lieferanten nur dann in Betracht, wenn die Herkünfte des zu liefernden Saat- und/oder Pflanzgutes durch Vorlage der entsprechenden Einzelnachweise gemäß Ziff. 3 und Anlage C der „Hinweise des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg zum Vollzug des § 40 Abs. 4 Bundesnaturschutzgesetz zur Verwendung gebietseigener Gehölze sowie gebietseigenen Saat- und Pflanzguts“ (Az.: 62-8872.00, Stand: 30.07.2014) anhand von Belegen nachgewiesen werden. Der Einzelnachweis muss so aufgebaut sein, dass es ohne erheblichen Aufwand möglich ist, die zu liefernden Pflanzen/das zu liefernde Saatgut über alle Produktionsschritte bis zum Erntebestand anhand von Belegen lückenlos zurückzuverfolgen und muss für jede Partie entsprechend dem Lieferschein vorgelegt werden.

Mustertexte für die Baubeschreibung und Eigenerklärung

Es wird darum gebeten, bei der Ausschreibung von gebietseigenem Saat- und/oder Pflanzgut ab sofort die aktualisierten Mustertexte für die Baubeschreibung (Stand 09/2020, s. Anlage 1) sowie die aktualisierte Erklärung zur Lieferung und Verwendung von Pflanz- und Saatgut gebietseigener Herkünfte (Stand 09/2020, s. Anlage 2) zu verwenden.

Die Regierungspräsidien werden gebeten, die Landratsämter und Stadtkreise als untere Verwaltungsbehörden entsprechend zu informieren.

Dieses Schreiben wird gemäß der VwV Re-StB-BW vom 01.07.2008 in die Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Intranet-Angebot der Landesstelle für Straßentechnik unter Ziffer 12.4 - Naturschutz und Landschaftspflege eingestellt.

gez. Hollatz